

EUROPADELEGIERTENKONFERENZ 2023

EVANGELISCHER REGIONALVERBAND FRANKFURT UND OFFENBACH
DOMINIKANERKLOSTER FRANKFURT

A-01

Antrag	Wir machen Europa
Antragsteller*in:	Bezirksvorstand SPD Hessen-Süd und Udo Bullmann, MdEP
Votum der Redaktionskonferenz:	Annahme

1

2 WIR MACHEN EUROPA

3 Politik für Morgen, Politik gegen Rechts

4 Der brutale und menschenverachtende Anschlag der Hamas auf Israel und die eskalierende Spirale der Gewalt im Nahen
5 Osten machen uns unmissverständlich klar, wie brüchig der Frieden in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist. Putins
6 Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht die auf dem Völkerrecht begründete internationale Ordnung.

7 Angesichts wachsender globaler Gefahren wollen wir Freiheit und Recht verteidigen und für eine multilaterale Welt eintreten,
8 in der Menschenrechte nicht zum Spielball von Hass und zynischen Machtinteressen werden. Demokratie und die Wahrung
9 der Menschenrechte sind die Kernelemente einer freien Gesellschaft, nach der sich die Menschen sehnen, in Europa wie
10 überall in der Welt.

11 Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die Europäische Union stärken und weiterentwickeln. Die Blockaden unserer
12 Außenpolitik durch das überkommene Einstimmigkeitsprinzip und die Erpressungsversuche illiberaler Bremser werden wir
13 überwinden. Europa muss außenpolitisch handlungsfähig sein, notfalls in einer konstruktiven Koalition der Mitgliedstaaten,
14 gestützt auf die Europäische Kommission und eine Mehrheit im Europäischen Parlament.

15 Wir werden die Vereinheitlichung der Steuerpolitik weiter vorantreiben, Steuerschlupflöcher beseitigen und Steueroasen
16 schließen. Angesichts weltweit wachsender Ungleichheiten und erneuten Hungerkatastrophen werden wir Verteilungsfragen
17 mit Priorität europäisch wie international auf die Tagesordnung setzen.

18 Der europäische Green Deal gehört zügig umgesetzt. Nur so können wir unseren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel
19 leisten und ein Überleben der Menschheit sicherstellen. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist der Kompass unserer
20 Politik. Wir verfolgen ein ganzheitliches Konzept nachhaltiger Entwicklung, in dessen Zentrum soziale Gerechtigkeit und breite
21 gesellschaftliche Teilhabe stehen.

22 Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit gerechten Löhnen und qualitativ hochwertiger Arbeit. In einer ökonomisch und sozial
23 starken Europäischen Union werden wir in Hessen als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort profitieren.
24 Klimaneutrale Produkte und Technologien, moderne Mobilität in ländlichen Räumen wie im urbanen Umfeld, ökologischer
25 Städtebau sowie digital gestützte Infrastruktur und Dienstleistungen für alle sollen zu unseren Markenzeichen werden.

26 Ein starkes System der sozialen Sicherung, umfassender Schutz in Notlagen, das Recht auf gute Arbeit, Gleichberechtigung
27 der Geschlechter und die Rechte von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht an Grenzen haltmachen. Deswegen engagieren
28 wir uns für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Charta der Grundrechte der EU.

29 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen in Hessen für starke Kommunen, die zu entscheidenden Trägern dieses
30 Fortschrittsmodells werden. Zusammen mit vielen Ehrenamtlichen in Vereinen und Initiativen betreiben wir die europäische
31 "Vernetzung von unten", bei der wir auch in Zukunft europäische Fördermittel zielgerichtet nutzen werden.

32 Wir werden das Asylrecht verteidigen und Menschen, die verfolgt werden, Zuflucht gewähren.

33 Wir brauchen sichere Fluchtwege und Regeln für legale Arbeitsmigration. Wir setzen uns ein für eine effektive europäische
34 Gesetzgebung, die Sicherheit bietet, Chancen eröffnet und bei der sich niemand der notwendigen Solidarität entziehen kann.
35 Kriminellen, die aus der Notlage von Geflüchteten Nutzen ziehen, werden wir das Handwerk legen.

36 Unsere Zukunft entscheidet sich mit unserer Fähigkeit, mit anderen in dieser Welt, insbesondere mit dem Globalen Süden, in
37 fairer Partnerschaft zu leben und zu arbeiten. Es wird morgen keinen Wohlstand in Europa geben, wenn unser

38 Lebensstandard auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Darauf werden wir unsere Entwicklungs- und
39 Handelspolitik, aber auch unsere interne europäische Politik, die häufig Auswirkungen für Menschen in anderen Kontinenten
40 hat, ausrichten. Deswegen unterstützen wir das Europäische Parlament im Kampf gegen Zwangs- und Kinderarbeit und für
41 faire Lieferketten.

42

43 Unsere Vision ist eine solidarische und inklusive Gesellschaft, in der alle am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sie ist
44 heimatverbunden und weltoffen. Sie begegnet allen Menschen mit dem nötigen Respekt und kennt keine Diskriminierungen.
45 Wir leben kulturelle Vielfalt. Kreativität und Verschiedenheit sind unsere Stärken.

46 Wir wissen, die Covid19-Pandemie, steigende Lebenshaltungskosten, die Auswirkungen von Putins Krieg und internationale
47 Krisen haben den Menschen auch bei uns in Hessen und in Deutschland Vieles abverlangt. Verunsicherung und
48 Zukunftsängste machen sich breit, wo Sicherheiten fehlen oder in Zweifel gezogen werden.

49 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen um die großen Herausforderungen, die anstehen, wenn wir morgen
50 in Frieden, Freiheit und in Wohlstand leben wollen. Aber wir werden sie gemeinsam angehen. In einer Zeit der Veränderung
51 wollen wir Mut machen und Kraft geben, wo andere Ohnmacht an die Wand malen und Hass und Unfrieden sähen.

52 Wir sind davon überzeugt, dass Menschen sich dann für eine gute gemeinsame Zukunft einsetzen, wenn sie wissen, dass sie
53 nicht alleine sind und sie von der Politik nicht alleine gelassen werden. Dafür zu sorgen, ist der Kern und der historische
54 Auftrag der Sozialdemokratie. Das ist auch der Grund, warum wir Europa, unsere gemeinsame Zukunft, nicht den Feinden
55 Europas überlassen. Denen, die unsere Gesellschaft mit ihrem Hass und ihrer Menschenverachtung überziehen.

56 Deswegen kämpft die hessische Sozialdemokratie bei der Europawahl 2024 für ein Europa von Morgen, in dem wir
57 gemeinsam Frieden, Freiheit und eine gute Zukunft für alle verwirklichen!

EUROPADELEGIERTENKONFERENZ 2023

EVANGELISCHER REGIONALVERBAND FRANKFURT UND OFFENBACH
DOMINIKANERKLOSTER FRANKFURT

A-02

Antrag	Never gonna give EU up!
Antragsteller*in:	Jusos im SPD Bezirk Hessen-Süd
Votum der Redaktionskonferenz:	Annahme

1 Für ein soziales Europa: Stark und solidarisch

2 Die Europäische Union steht für das Versprechen eines Europas des Friedens. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg,
3 sondern muss auch das Versprechen für ein Leben in Sicherheit und Unversehrtheit sein. Die europäische Friedensordnung
4 wurde durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine grundlegend verändert. Die Notwendigkeit des Zusammenhalts
5 und der Zusammenarbeit innerhalb Europas ist wichtiger denn je. Ebenso wie die europäische Unabhängigkeit von
6 Autokarten, zur Sicherstellung der eigenen Freiheit und Souveränität. Wir fordern eine europäische Politik, die sich für die
7 Wahrung des Völkerrechts, die Stärkung der innereuropäischen und internationalen Zusammenarbeit, sowie für die
8 Förderung von Demokratie, Solidarität, Frieden und Sicherheit einsetzt. Wir sind der Überzeugung, dass nur eine starke und
9 geeinte Europäische Union dazu beitragen kann, bestehenden Frieden zu wahren und Kriege zu beenden. Für eine starke und
10 geeinte Europäische Union ist jedoch eine umfassende Strukturreform als Grundlage der Zusammenarbeit notwendig. Nur
11 durch eine solche Reform kann die Europäische Union in ihrer Handlungsfähigkeit und Schlagkraft gestärkt werden. Hierfür
12 gilt es insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Migration, Integration des Westbalkan und
13 Wirtschafts-, Energie- und Fiskalpolitik an die gegebenen Herausforderungen anzupassen.

14 Europa sozial gerechter machen

15 Wir wollen eine Stärkung der sozialen Säule der EU. Dazu gehört unter anderem:

16 **Bekämpfung der Kinderarmut in Europa:** Laut einem Bericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 sind jedoch
17 schätzungsweise 18,7 Millionen Kinder in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht etwa 22%
18 aller Kinder in der EU. Deshalb braucht es eine bessere finanzielle Unterstützung von Familien, damit Kinder aus
19 einkommensschwachen Familien eine bessere Chance auf Chancengleichheit haben. Die 2021 in der EU beschlossene
20 Kindergrundsicherung muss mit Leben erfüllt werden und verbindliche Zielvorgaben machen.

21 **Eine sichere Rente für alle europäischen Bürger*innen:** Laut Daten der Europäischen Kommission lag der durchschnittliche
22 Rentenbetrag in der EU im Jahr 2019 bei etwa 1.250 € pro Monat. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den
23 EU-Staaten, was das Niveau der Alterssicherung betrifft. . Wir fordern, dass eine Anpassung der Regierungen der EU-
24 Mitgliedsstaaten zur Absicherung der Renten auch unter Einbeziehung steigender Lebenshaltungskosten. Wir brauchen
25 europäisch koordinierte Initiativen, die die nationalen Rentenniveaus unter Berücksichtigung der nationalen Preisniveaus
26 anpasst: Wir streben daher eine Rente, an die deutlich über die derzeitigen nationalen Niveaus hinausgeht. . Wir fordern ein
27 umfassendes europäisches koordiniertes Sozialsystem mit sicheren Renten, Arbeitslosenunterstützungen und der Garantie
28 auf eine Krankenversicherung für alle Bürger*innen.

29 **Gute Arbeitsbedingungen in Europa:** Wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Europa.
30 Wir wollen schrittweise Initiativen fördern, die das Lohnniveau in der EU erhöhen und Arbeitnehmer*innenrechte stärken.
31 Wir sprechen von einer sozial- ökologischen Transformation, weil es unser Anspruch ist, dass ebenjene von den
32 gesellschaftlichen Anstrengungen profitieren, die es erfordert, die industrielle Zukunft des Kontinents zu sichern. Dazu
33 gehört, dass wir gemeinsame Standards für gute Arbeit schaffen und unsere Vision einer echten **Sozialunion** schrittweise
34 verwirklichen. Deswegen setzen wir uns für die Weiterentwicklung der **Europäischen Mindestlohnrichtlinie im Sinne der**
35 **abhängig Beschäftigten** ein, aber vor allem nehmen wir den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf. Wir wollen
36 die **Jugendgarantie** ausbauen, gemeinsame Standards für kostenlose und hochwertige Ausbildungs- und
37 Bildungsbedingungen schaffen und sicherstellen, dass insbesondere junge Menschen in allen Ländern der EU einen
38 Mindeststandard an Unterstützung erhalten, wenn sie arbeitslos werden. Ebenso wie wir in Deutschland für eine mit einem
39 Rechtsanspruch versehene **Ausbildungsgarantie** kämpfen, ist es für uns der nächste logische Schritt eine solche auch in der
40 EU unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bildungs- und Ausbildungssysteme der Mitgliedsstaaten umzusetzen.

41 **Eine Reform der Arbeitsbedingungen**, die sicherstellt, dass Arbeitnehmer*innen fair behandelt werden und Zugang zu
42 geregelten Arbeitszeiten, Sozialleistungen und einem sicheren Arbeitsplatz haben. Gewerkschaften müssen gestärkt werden.

43 Darüber hinaus müssen sie stärker einbezogen werden und ihnen muss ein wesentlich größerer Spielraum der Einflussnahme
44 gewährt werden.

45 **Eine Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen** : Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und kostenlosem öffentlichen
46 Verkehr für alle sicherzustellen

47 **Eine europaweite Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen** wie Menschen mit Behinderungen, Migrant*innen,
48 Frauen und LGBTQIA+-Personen.

49 **Solidarische Wirtschafts- und Fiskalpolitik**

50 Das Versprechen der Europäischen Union war von Anfang an auch eines der wirtschaftlichen Prosperität. Bislang fehlt es
51 jedoch an effektiven fiskalpolitischen Umverteilungsmechanismen. Die geringen Haushaltsmittel der EU reichen nicht aus,
52 wirtschaftlich schwächere EU-Länder ausreichend beim Aufbau eigener Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen. Während der
53 grenzenlose Kapitalverkehr, die Möglichkeit grenzübergreifend Dienstleistungen zu erbringen und Handel zu treiben, Teil des
54 Gründungsversprechens der EU ist und in den Grundfreiheiten Niederschlag gefunden hat, wurde diese wirtschaftliche
55 Einheit bis heute nicht ausreichend durch die Säule einer gemeinsamen Sozial- und Arbeitspolitik ergänzt. Wir wollen diesen
56 Konstruktionsfehler der Europäischen Union beheben. Für uns gehören gemeinsame Sozialstandards und eine Fiskalpolitik,
57 die wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten effektiv die Möglichkeit eröffnet, ihren Wohlstand zu steigern und zu den stark
58 industrialisierten Ländern der EU aufzuschließen, unweigerlich zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik dazu. Das Next
59 Generation EU-Programm, ein gemeinsames und starkes Wiederaufbauprogramm, das insbesondere finanzschwächere
60 Länder der EU stark unterstützen konnte, sollte als Grundlage für eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik sein, die die EU
61 in ihrer Eigenständigkeit von den Mitgliedsstaaten stärkt.

62 **Ende der Austerität:** Die Europäischen Schuldenregeln und der Stabilitäts- und Wachstumspakt bilden ein Korsett, das
63 progressive, zukunftsgerichtete und am sozialen Ausgleich orientierte Politik behindert und Ungleichheit befördert.

64 Die Aufnahme von Krediten von Staaten zur Vornahme von Zukunftsinvestitionen ist ökonomisch wünschenswert und darf
65 nicht behindert werden. Deswegen lehnen wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der in seiner Grundausrichtung Stabilität-
66 und Wachstum viel mehr behindert als befördert, ab. **Wir lehnen generell abstrakte Vorgaben für Gesamt- und
67 Neuverschuldung von Staaten ab. Vielmehr bedarf es einer qualitativen Steuerung, die die sozial-ökologische Erneuerung in
68 allen Staaten ermöglicht und zielstrebig vorantreibt.** Hierzu gehört auch die Abschaffung der damit zusammenhängenden
69 Auswirkungen, sprich aller starren Rückzahlungsverpflichtungen der Staaten im Rahmen des SWP und stattdessen die
70 Möglichkeit der Vereinbarung individueller Schuldenabbauaufpade der einzelnen Staaten mit der Kommission. Stattdessen gilt
71 es zu gewährleisten, dass alle europäischen Länder ausreichend in ihre Infrastruktur und in ihre klimaneutrale Transformation
72 investieren. Die Vereinbarung von individuellen Zielquoten der Staaten für Investitionen in ihre Infrastruktur und die
73 ökologische Transformation ihrer wirtschaftlichen Basis.

74 **Die Europäische Union fiskalisch auf eigene Beine stellen:** Die Europäische Union ist finanzielle extrem abhängig von den
75 Beitragszahlungen ihrer Mitgliedsländer. In unserem Bestreben, langfristig die Vereinigten Staaten von Europa zu
76 verwirklichen, gilt es, die EU durch die Schaffung einer eigenen Einnahmenbasis mit eigenen EU- Steuern eigenständig zu
77 machen.

78 Als ersten Schritt wollen wir den Eigenanteil der EU an den Einnahmen aus dem EU-weiten Emissionshandel steigern.
79 Mindestens 50% der Einnahmen sollen direkt der EU zufließen, um EU-weit Investitionen in die ökologische Transformation
80 zu ermöglichen. Weiterhin sollen die Einnahmen aus der CO₂-Grenzabgabe vollständig dem EU-Haushalt zufließen. Wir halten
81 außerdem an der Forderung nach einer Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer fest, deren Mittel unmittelbar
82 der EU zukommen. Auch unabhängig von der Corona-Krise wollen wir nicht marktgerechte und amoralische Übergewinne
83 von europäischen Unternehmen besteuern und befürworten die Einführung einer EU-weiten Übergewinnsteuer als weitere
84 direkte Finanzierungsquelle der EU.

85 **Ausgeglichene Leistungsbilanzen in Europa:** Innerhalb der EU führen unausgeglichene Leistungsbilanzen zu starken
86 Wohlstandsverschiebungen zwischen den Mitgliedsstaaten. Deshalb setzen wir uns innerhalb der EU für das Ziel
87 ausgeglichener Leistungsbilanzen ein. Vorhandene gesetzliche Regelungen aus dem SWP müssen in diesem Sinne von der
88 Europäischen Kommission endlich genutzt werden. Mit Staaten, die starke Leistungsbilanzüberschüsse innerhalb der EU
89 erwirtschaften, sollen Vereinbarungen zur Steigerung ihrer investiven Ausgaben getroffen werden, die die Mitgliedsländer
90 gesetzlich binden. Zudem sollen Wohlstandsverschiebungen ausgeglichen werden, indem Länder mit starken Überschüssen
91 finanziell sanktioniert werden. Die hieraus generierten Finanzmittel sollen in einen Strukturfonds eingezahlt werden, der
92 Investitionen in Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten ermöglicht.

93 **Gute Arbeitsplätze in der Europäischen Industrie:** Die Mitgliedsstaaten und die EU dürfen nicht riskieren, die Entwicklung
94 des industriellen Sektors allein den „Marktkräften“ zu überlassen. In diesem Fall droht eine weitgehende Deindustrialisierung
95 Europas. Diese gilt es unbedingt zu vermeiden. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass demokratische Staaten, die auf
96 mehr, statt weniger internationale Kooperation angewiesen sind, in einen protektionistischen Wettbewerb einsteigen, der
97 am Ende nur Verlierer*innen kennt.

98 Außerdem wollen wir die beschlossene EU-Taxonomie für nukleare Energie und Gas so ändern, dass diese Energieformen
99 nicht weiter als nachhaltig eingestuft werden. Um die wirtschaftliche Konvergenz zu fördern, gilt es insbesondere
100 finanzschwächere Staaten der EU strukturpolitisch bei der Aufgabe der sozial-ökologischen Transformation zu unterstützen.
101 Die Mittelverwendung muss unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments demokratisch kontrolliert werden.

102 **Reform des EU-Beihilfenrecht:** Das aktuelle EU-Beihilferecht muss so reformiert werden, dass transformative Investitionen
103 möglich sein müssen. Dauerhafte, interventionistische Eingriffe, die Entwicklungsunterschiede innerhalb der EU zementieren,
104 lehnen wir ab. Statt Beihilfen grundsätzlich zu verbieten sind mindestens Beihilfen im Bereich der industriellen
105 Transformation grundsätzlich zu erlauben. Lediglich Beihilfen, die offensichtlich das Ziel verfolgen, Dumpingpreise zu
106 ermöglichen, sollen unrechtmäßig sein und zurückgefordert werden können. Statt vorab Genehmigungen einzufordern, soll
107 der Kommission die Möglichkeit eingeräumt werden, nachträglich Beihilfen daraufhin zu überprüfen. Für uns ist klar, dass die
108 Förderung von Unternehmen durch EU-Mittel an die Bedingung geknüpft wird, dass faire und tarifgemäße Löhne gezahlt
109 werden und dass innerhalb der Betriebe Mindeststandards der betrieblichen Mitbestimmung eingehalten werden.

110 **CO2-arme Elektrizität zu günstigen Preisen:** Günstige Energiepreise sind wesentliche Standortvorteile und maßgeblich für
111 die Entwicklung der industriellen Produktion. Zum Erreichen der Klimaziele ist es erforderlich, schnellstmögliche
112 Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu gewinnen. Erneuerbare Energien sind in der Erzeugung wesentlich günstiger
113 als klassische Energieträger. Viele europäische Länder gehören zu der Gruppe der Industrieländer mit dem höchsten Anteil
114 an erneuerbaren Energieerzeugungskapazitäten. Umso wichtiger ist es, dass die EU in ihren Anstrengungen des Aufbaus der
115 Erneuerbaren nicht nachlässt. Vor allem viele mittel-, ost- und südeuropäische Staaten müssen beim Ausbau der
116 erneuerbaren Energien schnell den Anschluss gewinnen und hierfür finanziell unterstützt werden.

117 **Es braucht einen flächendeckenden Ausbau der Solar-, Windenergie- und Speicheranlagen:** Mit der Überarbeitung der
118 Erneuerbaren-Energien-Richtlinie wurden erstmals „Renewable Energy Communities“ im europäischen Recht verankert. Im
119 Sinne der Demokratisierung der zukünftigen Energiegewinnung stehen sie für eine breite Bürgerbeteiligung, die sich am
120 Nutzen der Kommunen und Menschen vor Ort orientiert. Diese Formen der dezentralen und demokratischen
121 Energiegewinnung und -speicherung müssen weiterhin gestärkt werden.

122 Wir brauchen eine europaweit gedachte und koordinierte Netzpolitik. Ziel muss es sein, durch den flächendeckenden Ausbau
123 einen Industriestrompreis nicht höher als 5ct/kwh zu gewährleisten.

124 **Solidaritäts- und Transformationsprogramm:** Das „NextGenerationEU“-Programm war das richtige Zeichen, dass die EU in
125 der Corona-Krise Arbeitsplätze und Beschäftigung sichert. Dieses zeitlich begrenzte Programm muss überführt werden, in ein
126 dauerhaftes Programm zur solidarischen Transformation der industriellen Basis unseres Kontinents. Dieses Programm soll
127 sowohl die Mitgliedsländer mit starken industriellen Strukturen dabei fördern, diese zu transformieren, als auch den Aufbau
128 von Schlüsselindustrien insbesondere in den europäischen Ländern fördern, die bislang über eher schwache industriellen
129 Strukturen verfügen. Damit werden einerseits diese Länder in ihrer industriellen Entwicklung unterstützt, andererseits wird
130 die Resilienz der europäischen Lieferketten als Ganzes verbessert.

131 **Bestehende industriepolitische Initiativen begrüßen wir. Sie müssen allerdings beispielsweise als Solidaritäts- und**
132 **Transformationsfonds ganzheitlich gedacht, gebündelt, im Mehrebenensystem verknüpft und demokratisch kontrolliert**
133 **werden. So ein Solidaritäts- und Transformationsfonds sollte beispielsweise dem Aufbau notwendiger Infrastruktur für die**
134 **Transformation, der Förderung klimafreundlicher Mobilität, dem Aufbau klimaneutraler Energieerzeugungsanlagen und der**
135 **dazugehörigen Speicher- und Wasserstoffinfrastruktur, dem Breitbandausbau sowie der Förderung und Investition in den**
136 **Umbau bestehender und dem Aufbau neuer Industrieanlagen zur CO2- neutralen Produktion, insbesondere im Bereich der**
137 **Schlüsselindustrien, dienen. Der Fond soll durch eine noch gezieltere Förderung der Batteriezellenproduktion verhindern,**
138 **dass die europäische Industrie hier ins Hintertreffen gerät. Der gezielte staatliche Aufbau von neuen Produktionsanlagen wie**
139 **der grünen Stahlproduktion, die weitere Branchen und Unternehmen anzieht, soll Europa als Standort für klimafreundliche**
140 **Innovation etablieren.**

141 Infrastrukturelle Maßnahmen können beispielsweise sein: Um zeitgleich die Energieversorgung für die Unternehmen vor Ort
142 zu sichern, braucht es finanzielle Unterstützung für kommunale und lokale Energieversorger, um einerseits die
143 Energiebereitstellung zu sichern und sie andererseits fit für das post-fossile Zeitalter zu machen. Hierzu gehört auch, die
144 Infrastruktur für die europäische Wasserstoffstrategie entsprechend bis in die lokalen Ebenen vor Ort zu fördern. Um die

145 Transformation der hochenergetischen Wirtschaft zu stemmen, ist die Förderung des Aufbaus dezentraler
146 Wasserstoffherstellungs- und Zulieferersysteme in öffentlicher Hand wichtig. Darüber hinaus gilt es in Europa eine
147 flächendeckende Schieneninfrastruktur aufzubauen, die die verschiedenen Regionen schnell miteinander verbindet. Damit
148 soll eine klimafreundliche, schnelle und bezahlbare Alternative für innereuropäische Flüge geschaffen werden.

149 **Anpassung der CO₂-Grenzabgabe:** Die Einnahmen aus der **CO₂-Grenzabgabe** können einen Beitrag zur Finanzierung der
150 industriellen Transformation leisten und dabei gleichzeitig verhindern, dass ein Carbon-Leakage zu Lasten der europäischen
151 Produktion stattfindet. Die Grenzabgabe gilt es neben den bereits erfassten Grundprodukten bis spätestens 2030 auf alle
152 Produktgruppen auszuweiten, die vom Emissionszertifikatehandel erfasst sind.

153 Die Einnahmen Grenzabgabe sollen von der EU vollständig verwendet werden für **sozial Ausgleichsmaßnahmen** im Rahmen
154 des sozialen Klimafonds, den Aufbau klimaneutraler Produktion und für die Schaffung dafür notwendiger Infrastruktur in den
155 Mitgliedsländern. Dabei sollen insbesondere Länder mit geringerer eigener Finanzkraft unterstützt werden. Daneben soll
156 auch die Unterstützung von Projekten in Drittländern möglich sein mit denen die EU im Rahmen ihrer internationalen
157 Handelskooperation strategische Partnerschaften zur Bewältigung der Transformationsaufgaben verfolgt.

158 **Für eine menschenrechtsgeleitete und solidarische Migrationspolitik**

159 **Für uns heißt die Zukunft Europa:** Her mit der umfassenden europäischen Integration der Asyl- und Migrationsspolitik. Der
160 Raum der Sicherheit, Freiheit und des Rechts muss bedeuten, dass Schutzsuchende und Migrant:innen in Europa in Sicherheit
161 und Freiheit leben und der umfassende und effektive Zugang zu Recht gewährleistet wird.

162 **Europäische Seenotrettung:** Das Sterben im Mittelmeer muss endlich ein Ende haben. Wir fordern deshalb: Das Ende von
163 Drittstaatenabkommen, die nicht den Anforderungen der in Artikel 21 EUV niedergeschriebenen Werte entsprechen.. Frontex
164 muss abgeschafft oder zu einer europäischen Behörde umgebaut werden, die als eine Hauptaufgabe die europäische
165 Seenotrettung hat. Die EU muss dafür sorgen, dass private Seenotretter:innen und Fluchthelfer:innen nicht durch die
166 Mitgliedstaaten kriminalisiert, sondern durch europäische Standards geschützt werden.

167 **Zugang zu Recht:** Es reicht nicht, Menschenrechte in Verordnungen und Richtlinien aufzunehmen, ohne dass Schutzsuchende
168 das Recht haben, ihre Rechte geltend zu machen. Deshalb müssen effektive Beschwerdemechanismen gegen Frontex und
169 Individualbeschwerdeverfahren zum EuGH etabliert werden. Für uns steht ferner außer Frage, dass die EU endlich ihrer
170 Verpflichtung zum Beitritt zur EMRK gerecht werden muss.

171 **Und nach Europa:** Jeder Mensch hat das Grundrecht auf Asyl. Doch ein Recht auf Einreise ist damit nicht verbunden.
172 Schutzsuchende reisen illegalisiert ein, durch das Stellen eines Asylantrags wird deren Aufenthalt legalisiert. In der Folge sind
173 Menschen, die keine finanziellen Mittel haben, auf tödliche Fluchtrouten angewiesen.

174 **Eine echte Dublin-Reform:** Es braucht eine europäische Verordnung, die die Menschenrechte von Schutzsuchenden, das
175 Recht auf Zugang zu einem funktionierenden Asylverfahren und familiäre und soziale Bindungen stärkt.

176 **Faire Asylverfahren unabhängig vom Einreiseweg:** Wir fordern Faire Asylverfahren unabhängig vom Reiseweg und eine
177 Abschaffung des Flughafenverfahrens.

178 **Menschenwürdige Unterbringungen für alle schaffen:** Die Istanbul-Konvention erkennt die besondere Schutzbedürftigkeit
179 von FINTA* an. Ihre Umsetzung hinkt. Unsere Antwort muss eine vollständige Harmonisierung der europäischen Standards
180 für Bedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen sein, die gewährleistet, dass Schutzsuchende umfassenden Zugang zu
181 medizinischer Versorgung haben und ihre Privatsphäre schützt. Flankierend dazu müssen die Bedingungen überwacht
182 werden und finanziell durch alle Mitgliedstaaten dafür Sorge getragen werden, dass die Standards gewährleistet werden
183 können.

184 **Umgang mit der Klimakrise heißt Schutz schaffen:** Wir brauchen eine gesellschaftliche und politische Debatte über die
185 Aufnahme der Klimakrise in den Katalog der UN-Flüchtlingskonvention, für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus und den
186 europäischen subsidiären Schutz von Klimageflüchteten. Abschiebeverbote nach deutschem Recht könnten in Betracht
187 kommen, sofern Menschen ihr Existenzminimum im Falle einer Rückkehr nicht in ihrem Herkunftsland sichern können.

188 **Einwanderungspolitik:** Wir brauchen auch eine Debatte über soziale Mindeststandards für Schutzsuchende und besonders
189 Schutzbedürftige Personen (darunter fallen insbesondere irreguläre Migrant:innen, gestattete und geduldete Personen) und
190 eine gemeinsame Einwanderungspolitik, die umfassende Legalisierungen der Aufenthaltsstatus und Arbeitsmarktzugänge
191 umfasst.

192 **Kein Ende:** Push- und Pullfaktormythen dominieren die politische Debatte. Sie verkennen, dass Migrationsentscheidungen
193 komplex sind und von verschiedenen Faktoren wie familiäre und soziale Bindungen, finanzielle Mittel und persönliche

194 Fähigkeiten beeinflusst werden. Vorhaben, die Migrationssteuerung zum Ziel haben, legen diese sog. Push- und Pullfaktoren
195 zugrunde. Die individualrechtliche Perspektive von Schutzsuchenden hingegen steht nicht im Vordergrund des Diskurses.
196 Diese muss jedoch für eine menschenrechtsgleitete Migrationspolitik als Steuerungsanliegen in den Fokus rücken.

197 **Überwindung nationalstaatlicher Interessen und Denkmuster:** Die EU kann sich schlicht nicht leisten, untätig zu bleiben und
198 sich den Interessen der Mitgliedstaaten zu fügen: Ihre Legitimation hängt davon ab, die Menschenrechte zu achten, damit
199 die Rechte der Schutzbedürftigen zu gewährleisten. Sie muss deshalb wirksame Rechtsschutzverfahren schaffen,
200 Drittstaatabkommen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, auflösen und die EMRK unterzeichnen. Die Bereitschaft
201 der Mitgliedstaaten für eine Migrationspolitik, die Menschenrechte in den Fokus rückt, kann durch einen glaubwürdigen
202 Einsatz der EU für den Schutz von Menschenrechten selbst gestärkt werden. Lasst uns die Situation, trotz ihrer
203 Schwierigkeiten, als Chance nutzen: Für die europäische Integration und eine Stärkung der individualrechtlichen Perspektive
204 von Schutzsuchenden und Migrant*innen.

EUROPADELEGIERTENKONFERENZ 2023

EVANGELISCHER REGIONALVERBAND FRANKFURT UND OFFENBACH
DOMINIKANERKLOSTER FRANKFURT

A-03

Antrag	Integration des Westbalkan
Antragsteller:	Jusos im SPD Bezirk Hessen-Süd
Votum der Redaktionskonferenz:	Annahme

205

1 **Versprechen müssen eingehalten werden:** Der letzte Krieg im Westbalkan ist mittlerweile seit 24 Jahren beendet und
2 trotzdem hat es seitdem lediglich Kroatien in die EU geschafft. Alle anderen Länder bewegen sich immer noch zwischen dem
3 Status eines Beitrittskandidaten. Dabei steht die EU und im Besonderen auch die Mitgliedsstaaten der EU in einer
4 außerordentlichen Verantwortung. Kurzsichtige Blockaden, aufgrund bilateraler Konflikte mit EU-Mitgliedsstaaten dürfen
5 dem Ziel einer Vollmitgliedschaft nicht länger im Weg stehen. Wir begrüßen die Entscheidung auf europäischer Ebene, der
6 Ukraine und Moldawien den Status von Beitrittsländern zu geben.

7 Wir fordern:

- 8
- Eine EU-Erweiterung der Westbalkanstaaten, jedoch nicht unter der Bedingung, dass alle Staaten nur gleichzeitig eintreten können oder gar nicht.
 - Langfristiges Ziel ist die Vollmitgliedschaft aller Westbalkanländer unter der Bedingung einer qualitativen Demokratie der Länder
 - Keine Blockaden des Beitrittsprozess aufgrund bilateraler und ethnologischer Differenzen auf Seiten der EU
 - Anerkennung des Kosovos durch alle EU-Mitgliedsstaaten
 - Flexiblere Gestaltung des Beitrittsprozesses
 - Voraussetzung für die Aufnahme ist die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien.
 - Eine Erweiterung kann auch nur dann erfolgreich sein, wenn gerade mit Blick auf das Einstimmigkeitsprinzip eine grundlegende Reform der EU durchgeführt wird.
- 17

18 **Demokratieförderung an erster Stelle:** Die letzten zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass eine gute und ehrliche internationale
19 Zusammenarbeit und ein Vertrauensverhältnis nur über starke Demokratien laufen können. Alle Staaten des Westbalkans
20 müssen höhere demokratische Standards erfüllen. Wir fordern Demokratie-Förderprojekte im Westbalkan inkl. Kontrolle der
21 EU, dass diese finanziellen Mittel nachweislich zur Förderung der rechtsstaatlichen Demokratie genutzt werden.
22 Autokratische Strukturen und die Eingrenzung der Meinungs- und Pressefreiheit, wie auch ein Regierungseinfluss auf die
23 Verfassungsgerichte, müssen überwunden werden. Förderung einer funktionierenden Justiz im Kampf gegen die
24 Verbindungen mit Politik und organisierter Kriminalität. Antikorruptionsprojekte und -erfolge bedürfen eine besondere
25 Förderung der EU, um einen Anreiz zur Bekämpfung der Korruption zu schaffen. All jene Akteure müssen im besonderen Maß
26 gestärkt werden, die sich ehrlich für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Autokratische Mechanismen
27 müssen infolgedessen mit Sanktionen bestraft werden. Für eine europäische Integration müssen also sowohl die Staaten
28 des Westbalkans Entwicklungen in Richtung der Demokratie hervorbringen und Infrastrukturprojekte vor Ort unterstützt, die
29 EU steht jedoch auch in der Verantwortung diese Prozesse zu beobachten, sie bei positiven Entwicklungen zu fördern und bei
30 entgegengesetzten Prozessen zu sanktionieren. Ein nächster wichtiger Schritt ist die Ausweitung des Schengenraums.

31 **Regionale Kooperation:** Die Staaten des Westbalkans sind stark von zwischenstaatlichen Konflikten geprägt. Die Staaten der
32 EU haben nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, dass auch tiefe Streitigkeiten mit der Zeit und mit Hilfe zwischenstaatlicher
33 Kooperationen minimiert und sogar vollständig gelöst werden können. Dazu bedarf es jedoch auch Selbstreflexion und eine
34 kritische Auseinandersetzung mit der eigenen staatlichen Rolle im Krieg. Die Gerichtsprozesse in Den Haag haben zwar zur
35 Bestrafung von Kriegsverbrecher*innen geführt, die nationalen Erzählungen der Staaten blieb aber weitestgehend unberührt
36 davon. Wir fordern, die Förderung von zivilgesellschaftlicher und geschichtspolitischer Arbeit, länderübergreifenden
37 Zusammenkünften, Jugendaustauschprojekten innerhalb der Westbalkanstaaten, Kooperation regional übergreifender
38 Lehrpläne und die Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekten. Grundlage hierfür ist die gegenseitige Anerkennung der
39 Westbalkanstaaten untereinander, inkl der Überwindung ethnisch-nationalistischer Konflikte. Darüber hinaus muss die EU
40 die sozial-ökologische Transformation des Westbalkans, sowie Klima-, Umwelt- und Naturschutzprojekte unterstützen, um
41 eine wirtschaftliche Eigenständigkeit der Region auf lange Frist zu gewährleisten.

42 **Die europäische Integration muss jetzt starten:** Die intensiveren Gespräche seit dem Sommer 2022 und die Aufnahme von
43 Bosnien und Herzegowina, wie auch Albanien als Beitrittskandidaten in die EU begrüßen wir sehr. Nichtsdestotrotz muss der
44 Prozess der europäischen Integration an Fahrt gewinnen. Für den Kosovo bedeutet das eine Umsetzung der Visafreiheit bis
45 2024, eine Aufnahme in den Europarat bis 2025, ebenso wie eine Aufnahme in die NATO und eine endgültige Anerkennung
46 des Staates durch alle EU-Mitgliedstaaten. Die von Olaf Scholz und Emmanuel Macron entwickelten
47 Übereinstimmungspunkte (EU-Vorschlag) zwischen Serbien und dem Kosovo müssen überarbeitet werden. Es ist vor allem
48 seit den Ausschreitungen im September deutlich geworden, dass die Autonomieforderung im Norden Kosovos nur das Ziel
49 verfolgt, den Machteinfluss Serbiens in den Kosovo zu erhöhen und nicht ethnische Minderheiten zu schützen.

50 **Im Kampf für ein soziales Europa, in dem Solidarität, Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit gilt!**

51 **Begründung:**

52 Erfolgt mündlich